

Donnerstag (Nachmittag), 10. März 2022 / Jeudi après-midi, 10 mars 2022

2. Priorität – Finanzdirektion / 2^e priorité – Direction des finances

59 2021.RRGR.187 Motion 118-2021 Zryd (Magglingen, SP)
Verhinderung von Steuerbetrug

59 2021.RRGR.187 Motion 118-2021 Zryd (Magglingen, PS)
Prévention de la fraude fiscale

Le président. Nous passons à présent à l'affaire du point numéro 59, il s'agit d'une motion dont la porte-parole est Mme la députée Zryd. Le gouvernement propose le rejet, le débat est libre. Je laisse la parole à Mme la députée Zryd.

Andrea Zryd, Magglingen (SP), Motionärin. Wie kann man Steuerbetrug verhindern? Ich habe vor einiger Zeit einen Vorstoss eingereicht (M 194-2018), wie man vielleicht mithelfen könnte, ihn via Steuerdetektive ein wenig aufzudecken. Er ging hier leider bachab. Ich hoffe nun, dass ich jetzt ein wenig Zustimmung erhalte, denn das könnte allenfalls gleich für beides passen.

Transparenz hilft meistens oder immer auch, Vertrauen zu schaffen. Wer nichts zu verstecken hat, hat auch nichts zu befürchten. Von 2012 bis 2019 sind dem Kanton Bern ungefähr 3 Mrd. Franken an Steuergeldern entgangen; Sie kennen diese Geschichten: Es gab Selbstanzeigen und so weiter und so fort. Das ist ein beträchtlicher Betrag. Die angeblich gute Steuermoral scheint genau in diesen Fällen eben nicht zu stimmen. Und hier sind wir uns wohl einig: Steuerbetrüge passieren äusserst selten bei den kleineren Einkommen. Sie geschehen im Normalfall bei den wohlhabenderen Menschen, die eben vielleicht auch wirklich etwas mehr als nur legal optimieren können. Der Kanton Bern hatte lange ein offenes Steuerregister und hat dies, wenn ich mich nicht irre, im Jahr 2016 abgeschafft. Wieso eigentlich? Ich weiss es nicht genau. Vielleicht kann mir ja Beatrice Simon noch eine Antwort darauf geben. Ich weiss den Grund nicht.

Ironischerweise hatte der Kanton Zug ebenfalls lange ein offenes Steuerregister. Und er schaffte es vor 15 oder 20 Jahren ab, zu dem Zeitpunkt, als sehr viele wohlhabende Menschen in den Kanton Zug wohnen gingen, in die Steueroase Kanton Zug. Damals schloss man das Steuerregister. Vorher hatte es ziemlich oft doch auch sehr unangenehme Fragen gegeben. So musste z. B. Herr Swarovski Auskunft geben, warum er über das Einkommen nur 190'000 Franken versteuert. Sie wissen, wer Herr Swarovski ist: Er ist in der Zwischenzeit Milliardär und nicht nur mehrfacher Millionär. Solche Sachen sind damals halt doch noch gekommen, teils wirklich auch aus der Bevölkerung.

Ich möchte festhalten: Es geht nicht um Spitzeltum. Es geht auch nicht darum, was meine Nachbarin oder mein Nachbar verdient. Im Normalfall ist das ziemlich langweilig und uninteressant. Aber ich bin überzeugt davon, dass ein offenes Steuerregister hilft, ein wenig zu regulieren. Es gibt ein Land, das der Schweiz nicht ganz unähnlich ist. Es ist Norwegen, das traditionell ein offenes Steuerregister hat. Und darauf sind sie stolz. Sie sagen: Das ist super, die Transparenz ist da, Transparenz schafft eben Vertrauen in den Staat. Und die Wohlhabendsten werden sogar publiziert, ganz öffentlich. Und auch diese sagen ganz öffentlich: Wir zeigen, was wir versteuern, wir sind stolz, wir legen dies gerne offen. Das ist halt einfach eine etwas andere Form. Die Schweiz ist eher introvertiert. Und sie machen es jetzt halt eher extrovertiert. Das hat vielleicht schon auch ein wenig etwas Historisches an sich.

Aber die Schweiz kennt ebenfalls offene Steuerregister. Ich glaube übrigens, der Kanton Waadt habe dies nach wie vor, obschon in der Antwort der Regierungsrätin steht, es gebe keine Kantone mehr, die dies haben. Vielleicht kann Beatrice Simon dann auch hierzu noch Auskunft geben.

Nochmals: Es geht nicht um Spionage oder darum, Leute einfach an den Pranger zu stellen aus Neid oder Missgunst. Aber es ist halt tatsächlich so, dass sich doch gewisse Dinge regulieren, wenn man ein offenes Steuerregister hat. Und wenn jemand sehr, sehr viel verdient und wohlhabend ist, soll er das Geld richtig versteuern. Da ist ja die Regierung sowieso mit uns einig und Sie sicher auch. Dann muss man ja eigentlich auch nicht Angst haben, wenn dies transparent ist. Ich bitte Sie, die Debatte gut zu verfolgen und diesem Vorstoss dann vielleicht doch auch von der bürgerlichen Seite her zuzustimmen.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Fraktionssprecher. Wenn man den Titel dieses Vorstosses liest, «Verhinderung von Steuerbetrug», so können sogar wir von der SVP dem zustimmen. Da haben wir keine Differenz. Aber Massnahmen zur Verhinderung von Steuerbetrug müssen verhältnismässig und tauglich sein und einen relevanten Beitrag gegen Steuerbetrug leisten können. Die vorgeschlagenen Instrumente, wie sie im Vorstoss gefordert werden, sind dafür aus unserer Sicht untauglich. Dies zeigt die Regierung in ihrer Antwort deutlich auf.

Es wird im Vorstoss ausgeführt, dass dies gegenüber einem Steuerausstand überhaupt nichts nützt. Das haben wir immer gesagt, als wir seinerzeit die sogenannten «Lugi-Büchlein», wie sie im Volksmund hiessen, aufgelegt haben: Wir sagten immer, man würde gescheiter die Steuerausstandsliste auflegen statt diese Steuerregister, die einzig das steuerbare Einkommen und das steuerbare Vermögen aufgezeigt haben. Und hinzu kam – und damit nahm auch die Aussagekraft ab –, dass der Steuerpflichtige das Recht hatte, seine Daten ohne weitere Begründung sperren zu lassen. Damit wurden sie nicht mehr veröffentlicht, und dies führte nachher nur zu Fragen.

Und jetzt noch zwei, drei Anekdoten aus jahrelanger Erfahrung aus der Zeit, als dieses Büchlein auflag. Was wurde gemacht? Da gab es Leute, die mit dem Behördenverzeichnis kamen, also dem Verzeichnis, wer in einer Gemeindebehörde war. Sie schrieben vom ganzen Parlament heraus, wer wie viel Einkommen und Vermögen hat. Was dies zur Verhinderung von Steuerbetrug beitragen sollte, weiss ich auch nicht. Es gab noch eine andere Kategorie Leute, man glaubt es kaum: Es gab solche, die sich ins Sitzungszimmer setzten, in dem die zwei, drei Exemplare auflagen, um schauen zu kommen, wer schauen kommt. (*Heiterkeit / Hilarité*) Unglaublich. Es war manchmal wirklich schon eine sehr volkstümliche Stimmung bei der Auflage dieses «Lugi-Büchleins». Die SVP beantragt Ihnen einstimmig die Ablehnung dieses Vorstosses, weil er zur Thematik, wie sie im Titel aufgezeigt ist, eben leider nichts beiträgt.

Le président. Avant de donner la parole à M. le député Arn, j'aimerais féliciter Mme la députée Amstutz qui a son anniversaire aujourd'hui. (*Applaus / Applaudissements*) – Pour le groupe PLR, M. le député Arn.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Sie wissen bestimmt zum Vornherein, wie wir stimmen: Wir lehnen dies klar ab. Denn wir kommen hier nicht ganz um das Gefühl herum, es sei vielleicht einfach nur ein bisschen Neugier, wie mein Vorredner ebenfalls gesagt hat. Denn dem Ziel, das Sie damit verfolgen wollen, hilft dies gerade gar nichts. Und zwar kann man, wie wir auch lesen konnten, daraus schlussendlich überhaupt in keiner Art und Weise ableiten, welche weiteren Abzüge gemacht werden konnten, wie die Umstände sind etc. Es hilft also gerade gar nichts.

Und für uns würde es auch nicht dazu beitragen ... Denn es suggeriert ja auch ein wenig, dass das Kontrolldispositiv, das wir haben, eigentlich nicht funktionieren würde. Und es funktioniert. Es funktioniert ganz sicher besser, als wenn man den Nachbarn ... Und darum geht es ja schlussendlich: um den, dem man es dann nicht gönnen mag oder bei dem man das Gefühl hat, es stimme etwas nicht. Das wird ganz sicher nicht zu einem besseren Ergebnis führen. Daher wollen wir am bestehenden System festhalten. Wir vertrauen unseren Kontrollinstanzen und lehnen diesen Vorstoss ab.

Hasim Sancar, Bern (Grüne), Fraktionssprecher. Die grüne Fraktion unterstützt die Motion. Wir unterschreiben auch den letzten Satz der Motionsbegründung, dass mehr Transparenz im Steuerwesen für mehr Vertrauen sorgt. Als das Steuergeheimnis eingeführt wurde, hat die grüne Fraktion sich gegen diese Bestimmung gestellt. Das Steuerwesen ist ein sehr wichtiges Element eines de-

mokratischen Systems und ein wichtiger Teil der politischen Orientierung. Steuern sind, wie es der Name sagt, ein Instrument, um Akzente bei den staatlichen Investitionen und eine Umverteilung zu schaffen. Steuergerechtigkeit ist die Basis der sozialen Solidarität und Gerechtigkeit. Wer mehr hat, muss auch mehr Steuern bezahlen.

Es ist immer wieder ein Diskussionsthema, wer das Vermögen um wie viel und über welche Wege vermehrt hat. Wenn ich höre, dass die reichsten 330 Personen in der Schweiz ihre Vermögen im Jahr 2021 um 115 Mrd. Franken vergrössern konnten, wird mir schwindlig, und ich habe Mühe zu begreifen, wie so etwas in einer Pandemiezeit möglich ist. Daher ist es wichtig zu erfahren, wie viele Steuern diese reichsten Menschen bezahlt haben. Ein Bruchteil dieser Gewinne würde das Kantonsbudget wesentlich verbessern und uns viele Diskussionen bei den Kürzungsmassnahmen ersparen.

Der Titel der Motion ist ein bisschen unglücklich gewählt. Wir möchten nicht behaupten, dass das Steuergeheimnis auch gleich Steuerbetrug bedeutet. Die Steuerbehörden haben ja auch eine Kontrollaufgabe. Sie müssen dafür schauen, dass Steuerbetrug aufgedeckt und verfolgt wird. Aber es geschieht doch immer wieder, dass etwas kaschiert und Geldbeträge an den Steuerbehörden vorbeigeschleust werden. Mehr Transparenz würde es auch möglich machen, dass die Bevölkerung hier ein Auge darauf halten kann. Es stimmt: Wie der Regierungsrat feststellt, erfolgten in der Vergangenheit wegen zugänglicher Steuerdaten öffentliche Diffamierungen. In ungerechtfertigten Fällen kamen die Verursacher dieser Diffamierungen selber zu Schaden. Wer die Steuern transparent und umfassend offenlegt, kann auch den schlimmsten Diffamierungen die Stirn bieten. Daher verdient Transparenz im Steuerwesen aufgrund öffentlicher Interessen mehr Gewicht. Die grüne Fraktion unterstützt die Motion.

Peter Gerber, Schüpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Es ist zutreffend, dass die Offenlegung seit gut sechs Jahren im Wesentlichen nur noch durch den Nachweis eines wirtschaftlichen Interesses erteilt werden darf. Aber diese Möglichkeit besteht, und die bisherige Praxis hat sich gemäss unserer Fraktion durchaus bewährt. Die Fraktion der Mitte stimmt wie die Regierung und lehnt die Motion einstimmig ab. Andrea, aus der Praxis heraus, Daniel Bichsel hat es gesagt: Die Ausstandsliste ist viel spannender. Als junger Finanzchef musste ich dies auch lernen. Mach eine Motion, dass die Ausstandsliste öffentlich gelegt wird, und ich helfe mit.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP), Fraktionssprecher. Die Motionäre wollen eine Aufhebung des Steuergeheimnisses. Der gläserne Bürger ist nicht mehr weit. Ich versuche, dem aus Sicht der EVP auch etwas Wichtiges entgegenzuhalten.

Der Mensch braucht eine gewisse Privatsphäre. Er braucht einen Rückzugsraum. Ich sage dies aus zwei Gründen: Eine Privatsphäre, ein Rückzugsraum gibt Schutz und Geborgenheit. Nun kann man denken: Braucht dies jemand, der viel hat? Aber man muss das Gegenteil ebenfalls denken: Es geht nicht nur um viel, es geht auch um Weniges. Und da ist auch das Thema der Scham vorhanden, im Schutzbereich drin. Offenlegung heisst auch Offenlegung für diejenigen, die nichts haben. Und einen gewissen Schutz, einen Privatraum braucht der Mensch.

Der zweite Grund: In der Privatsphäre, im Rückzugsraum besinnen wir uns auf unsere Ressourcen, überlegen, was wir damit machen wollen, und danach handeln wir wieder und werden aktiv. Und dies sollen wir ermöglichen. Wie Sie aus diesem Votum merken, ist das Fazit für die EVP: Für ein besseres Zusammenleben brauchen wir nicht gläserne Bürger, sondern funktionierende Systeme und gegenseitiges Vertrauen. Wir lehnen diesen Vorstoss ab.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Fraktionssprecher. Ich bin in dieser Sache geprägt durch die Erfahrungen in meiner Jugend in Grindelwald. Mein Götti hatte eine Milchhandlung. Und er sagte mir immer: Mit meiner Buchhaltung bestimme ich, wie viele Steuern ich bezahle. Ich weiss schon, dass dies heute nicht mehr möglich ist, dass heute die Vorschriften für die Rechnungsführung solche Freiheiten ziemlich einschränken. Aber die Transparenz, die damals mit den öffentlichen Steuerverzeichnissen geschaffen wurde, die auch meinen Götti schliesslich dazu brachte, dass er sicher angemessen Steuern bezahlte, diese Transparenz würde auch heute das Vertrauen in unser Steuer-

system stärken und bestimmt nicht schwächen, wie man jetzt zu sagen versucht hat. Die mündigen Bürgerinnen und Bürger, und dazu zähle ich auch die Journalistinnen und Journalisten, können auch heute bestimmt unterscheiden, ob eine Person oder ein Unternehmen wegen einer speziellen Situation wie Investitionen oder Wertberichtigungen vorübergehend einmal weniger Steuern zahlt, als man von ihrem Vermögen her annehmen könnte, oder ob jemand über Jahre hinweg zu wenige Steuern bezahlt hat.

Aber nun zu meinem Votum als Fraktionssprecher: Die SP-JUSO-PSA-Fraktion stimmt dieser Motion natürlich ohne Wenn und Aber zu. Aus unserer und auch aus objektiver Sicht ist die Steuermoral in unserem Kanton nicht so gut, wie es hier immer wieder erzählt wird und wie man es sich vorstellt. Warum wären denn sonst 3 Mrd. Franken zum Vorschein gekommen, als man den Informationsaustausch mit den Banken im Ausland im Jahr 2018 einführte? Es kamen einfach 3 Mrd. Franken zum Vorschein, bei denen niemand betrügen wollte, die halt einfach verlorengegangen waren. Wenn wir solche Beträge hören, könnte man dann die Elternzeit oder auch den Vaterschaftsurlaub noch ein paar hundert Jahre lang finanzieren, um dies zu vergleichen. Es ist für meine Fraktion unbegreiflich, warum Steuerbetrug in unserer Gesellschaft immer noch ein Kavaliersdelikt ist, während Sozialhilfebetrug mit Detektiven verfolgt werden soll.

Steuerbetrug ist genauso Diebstahl an der Allgemeinheit, wie wenn jemand auf andere Art den Staat bescheisst. Und wenn wir schon keine Steuerdetektive wollen, müssen wir wenigstens das Steuergeheimnis lüften, damit die Öffentlichkeit ihr Recht wahrnehmen kann zu erfahren, wer wie viele Steuern bezahlt. Andrea hat alle anderen Argumente schon aufgezählt. Ich komme zum Schluss und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für die Unterstützung für mehr Transparenz in Sachen Steuern im Kanton Bern.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp), Fraktionssprecher. Vielleicht zuerst etwas formalistisch, aber es ist schon noch relevant: Man spricht hier im Titel von Steuerbetrug, und nun hat auch der Fraktionssprecher davon gesprochen. Wenn, dann geht es wahrscheinlich um Steuerhinterziehung. Denn ich glaube nicht, dass man mittels Transparenz ablesen kann, ob jemand eine Urkundenfälschung gemacht hat, was die Voraussetzung für Steuerbetrug ist. Sondern wenn, dann geht es um Steuerhinterziehung. Das ist ebenfalls kein Kavaliersdelikt, aber strafrechtlich doch ein riesiger Unterschied.

Aber nun materiell: Auch ich hatte lange ein sehr orthodoxes Verständnis vom Steuergeheimnis und der Privatsphäre und habe dies durchaus etwas überdacht, als ich einfach gesehen habe, was beim automatischen Informationsaustausch oder dem Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Ausland geschehen ist; es wurde angesprochen. Und ich habe deshalb die Standesinitiative (M 048-2019) unterstützt, die wir hier überwiesen haben, dass man den automatischen Informationsaustausch auch im Inland einführt. Ich finde es richtig, dass die Behörden zusammen mit den Banken tatsächlich auch Steuerhinterziehung bekämpfen können, wie sie Sozialhilfe missbrauch ebenfalls bekämpfen.

Für mich ist dies jetzt aber ganz etwas anderes: Hier geht es darum, dass wir alle schauen gehen können, was der Nachbar oder so verdient. Und das können wir bei der Sozialhilfe auch nicht: Wir können auch nicht schauen gehen, wer wie viel Sozialhilfe bezieht. Das geht dann so ein bisschen ins Voyeuristische hinein; dann kommen nach den Wahlen wieder diese Artikel in der «Berner Zeitung» (BZ) oder im «Bund», in welchen man bei allen Nationalräten sieht, wie viel Einkommen und Vermögen sie haben. Ich muss zugeben, ich fand dies jeweils auch spannend und habe es gelesen, und es war jeweils auch interessant, wer sich da spernte. Es waren nämlich nicht zuletzt die Parlamentarierinnen der SP, die dies dann gesperrt haben.

Aber schlussendlich bringt das für mich nichts gegen die Steuerhinterziehung, sondern ist eher so ein bisschen Voyeurismus, und das ist aus meiner Sicht nichts, was in die Öffentlichkeit gehört. Es kann sogar zu sehr unfairen Situationen kommen. Es war auch wieder eine Nationalrätin der SP, die damals das Haus sanierte, dies geltend machte, völlig legitim, wie es jeder Hausbesitzer tun kann, und dann auf einmal medial in Verruf kam, ob sie nun bei den Steuern nicht irgendwie etwas gemacht habe, was nicht gehe. Was nicht der Fall war, wie man nachher sah.

Und darum glaube ich, die Wiedereinführung dieser Transparenz für die ganze Öffentlichkeit ist nicht die Lösung. Sondern richtig finde ich den automatischen Informationsaustausch auch im Inland. Und was der Kollege Gerber gesagt hat, würde ich ebenfalls unterstützen: dass man die Steuerausstände öffentlich macht. Denn dies ist dann ein Unterschied, dies sind Leute, die tatsächlich ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. Dort ist es nicht einfach ein Verdacht und ein wenig ein Stochern, sondern da zielt man dann auf diejenigen ab, die tatsächlich ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Und das kann man dann auch öffentlich machen. Insofern bin ich bei diesem Vorstoss, wenn er geschrieben wird, auch gleich noch mit dabei.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU), Fraktionssprecher. Wir von der EDU lehnen die Auflage des «Lugi-Büchleins» ab. Es verhindert den Steuerbetrug nicht und fördert eventuell nur den Neid, und das wollen wir nicht. Deshalb lehnen wir die Motion ab.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Einzelsprecher. Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber Ueli hat mich noch motiviert zu kommen. Ich glaube, wenn man im Kanton Bern Steuern bezahlt, dann hat man eine hohe Steuermoral. Denn Probleme haben wir jetzt nicht nur mit solchen, die bescheissen wollen; das liegt in ihrer Eigenverantwortung. Sondern mit solchen, die weggehen vom Kanton Bern und ihre Steuern an einem anderen Ort bezahlen. Das ist ein grosses Problem, das wir haben. Michael Köpfli hat vorhin sehr vieles gesagt. Nehmen Sie den gleichen Vorstoss, laden Sie ihn ins Word, ersetzen Sie das Wort «Steuern» durch «Sozialhilfe». Lesen Sie einmal den ganzen Text durch und überlegen Sie, ob Sie diesem ebenfalls zustimmen würden.

Mir geht es nicht darum, dass man Kontrollen macht bei den Steuern, ich habe es vorhin bei der Einleitung gesagt. Es gibt überall Leute, die meinen, sie könnten ein System bescheissen, indem man halt etwas nicht angibt. Dies gibt es aber auf der Gegenseite, bei jenen, die Leistungen beziehen, ebenfalls. Was will man anschliessend dann machen, wenn man schauen geht? Man weiss ja nicht, ob einer bescheisst oder nicht, wenn er etwas nicht angegeben hat. Man vermutet es nur. Wollen Sie dann Ihre Nachbarn irgendwo anmelden gehen? Wie soll dies praktisch gehen? Gibt es ein Portal bei der Steuerverwaltung, wo man den Namen eingeben kann: Schaut bitte hin, dieser bescheisst wahrscheinlich? Wie wollen Sie dies machen? Wollen wir das dann bei der Sozialhilfe auch? Wollen wir in unserem Kanton ein solches Zusammenleben, dass wir nichts anderes machen als damit anzufangen, die Mitmenschen in unserem Kanton zu überwachen und zu kontrollieren? Ich glaube, ich selber will ein solches Leben nicht.

Dann wurde noch angesprochen, dass viele Firmen nun auch in der Pandemiezeit beschissen haben. Ja, das gab es auch dort wieder; es versuchen immer ein paar Prozent der Leute, ein bisschen gescheiter zu sein. Ich bin bei einer Bürgerschaftsgenossenschaft in der Verwaltung, welche auch diese Kredite geprüft hat. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben sehr viele Fälle aufgedeckt und sehr viele Rückzahlungen und Bussen ausgesprochen. Dieses System funktioniert. Und da kommen dann solche Fälle auf, wie sie auch Ueli Egger erwähnt hat. Man ist heute nicht sicher, ob wir zukünftig Datenauswertungssysteme haben werden, durch die man solche Dinge findet und macht. Es kommt immer irgendwann zum Vorschein, im blödesten Moment, und das Bescheissen rentiert einfach nicht. Das ist meine persönliche Meinung.

Beatrice Simon, FIN-Direktorin. Ja, natürlich ist es anzustreben, dass das Steuersubstrat gemäss den gesetzlichen Vorgaben oder Grundlagen veranlagt wird. Und selbstverständlich steht der Kanton Bern in der Pflicht, dass die Steuern ordentlich erhoben und dann auch bezahlt werden. Aber in der Vergangenheit hat sich klar gezeigt, dass die Öffentlichkeit des Steuerregisters dazu keinen Beitrag leistet. Denn das Steuerregister zeigt nur die sogenannten Steuerfaktoren wie eben z. B. das steuerbare Einkommen und das steuerbare Vermögen. Aber wie diese Faktoren ermittelt werden, sieht niemand.

Zudem können die meisten Steuerfaktoren gar nicht richtig interpretiert werden, und die Leute messen diesen sehr oft auch eine Aussagekraft zu, welche sie aber gar nicht haben. Das steuerbare Einkommen z. B. hat in vielen Fällen relativ wenig mit dem effektiven Einkommen zu tun. Dies aufgrund zahlreicher Möglichkeiten für gesetzlich vorgesehene Abzüge. Und genau diese sieht man in

einem Steuerregister nicht. Und seien wir auch einmal ehrlich, liebe Grossrätinnen und Grossräte: In der Vergangenheit hat die Öffentlichkeit des Steuerregisters nicht zur Aufdeckung irgendeines Steuerbetrugs, sondern vielmehr wiederholt zur öffentlichen Diffamierung betroffener Personen geführt.

Deshalb ist der Regierungsrat ganz klar der Ansicht, dass sich die seit 2016 geltende eingeschränkte Öffentlichkeit der Steuerregister in der Praxis sehr bewährt hat. Und wer ein wirtschaftliches Interesse hat, bekommt nach wie vor Auskunft. Zur Sicherstellung der Steuerehrlichkeit der Bürgerinnen und Bürger verfügt die Steuerverwaltung zudem über ein umfangreiches Kontrolldispositiv. Dieses, denke ich, ist eigentlich in genügender Form ausgebaut. Deshalb empfiehlt Ihnen der Regierungsrat die Motion zur Ablehnung.

Andrea Zryd, Magglingen (SP), Motionärin. Merci vielmals für die angeregte Diskussion. Ich kante die Fronten, das war ziemlich klar. Etwas enttäuscht bin ich von der Mitte und der glp – die glp, die sich doch immer auch als Partei der Transparenz bezeichnet. Den Vorstoss für den automatischen Datenaustausch im Inland (M 048-2019) hat die SP schon vor etwa zwei Jahren lanciert. Es gab auch Mitunterzeichnende. Die glp war nicht darunter, notabene. Es war eine Standesinitiative, die jetzt leider durch die Räte gefallen ist. Es wird also nicht aufs Tapet kommen, wir werden also keine Transparenz haben. Die Regierungsrätin hat dem damals zugestimmt, vielen Dank. – Ich möchte noch etwas zu Carlos Reinhard sagen: Ja, es ist nie gut, wenn beschissen wird, egal wo. Da sind wir uns einig und das tut nichts zur Sache. Ich denke einfach, dass Transparenz ganz generell hilft.

Dieser Vorstoss wird bachab gehen. Aber ich nehme Sie – auch die Mitte – dann beim Wort bei der Ausstandsliste. Diesen Vorstoss können wir noch heute gemeinsam schreiben, ich bin sofort dabei. Und ich nehme auch die glp beim Wort, dass Sie dabei sind, wenn es dann das nächste Mal wieder um Transparenz geht. Nochmals vielen Dank für die Diskussion.

Le président. Nous allons passer au vote de cette affaire du point 59 sous la forme d'une motion : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.187

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	47
Nein / Non	94
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez rejeté cette intervention sous la forme d'une motion.